Beschluss L01

Antrag

Initiator*innen: Landesparteitag

Titel: **Leitantrag - Vom Krisenmodus in den Zukunftsmodus: Sachsen gestalten. Sicherheit geben. Gerechtigkeit schaffen.**

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

Vom Krisenmodus in den Zukunftsmodus:

Sachsen gestalten. Sicherheit geben. Gerechtigkeit schaffen.

Die SPD gestaltet das Sachsen von morgen. Das bedeutet, Verantwortung zu übernehmen, für unsere Gesellschaft und die Menschen, die hier leben. Das machen wir seit 2014. Wir haben damals die Kürzungspolitik der schwarz-gelben Vorgängerregierung beendet und seitdem wichtige Strukturen wieder aufgebaut und neues Vertrauen geschaffen. Mehr Personal für Schulen, Kitas und die Polizei, mehr Geld für Kultur, Kinder- und Jugendarbeit, für Demokratieprojekte und Studierendenwerke sowie für den sozialen Ausgleich sind nur einige Beispiele.

Zugleich haben wir uns für mehr finanzielle Mittel für die Digitalisierung, Infrastruktur und Arbeit eingesetzt. Das waren und sind hart erkämpfte Erfolge. Durch unseren Einsatz funktioniert der Staat wieder in vielen Bereichen. Das hilft uns allen, gut durch die Krise zu gekommen. Mit der Regierungsbeteiligung

der SPD im Freistaat Sachsen seit 2014 ist der soziale und handlungsfähige Staat Schritt für Schritt zurückgekehrt.

2019 haben wir den Weg fortgesetzt und gemeinsam mit der CDU und den BÜNDNISGRÜNEN ein Regierungsprogramm aufgelegt, um Sachsen fit für die Zukunft zu machen. Dann kam die Corona-Pandemie. Für viele Bürger:innen und Unternehmen brachte diese Krise harte Einschränkungen mit sich. Wir danken insbesondere allen Bürgerinnen und Bürgern, die die Gesellschaft auch in dieser schwierigen Situationen am Laufen gehalten haben. Beispielhaft wollen wir die Pflegeheime, die Krankenhäuser, den Einzelhandel, die Kitas oder die Schulen nennen. Zugleich gilt unser Dank auch allen ehrenamtlichen Helfer:innen, die in der Krise tatkräftig angepackt haben. Das ist keine Selbstverständlichkeit und verdient unser aller Respekt sowie Anerkennung.

Wie wertvoll ein funktionierender Sozialstaat ist, haben wir in der Corona-Krise erlebt.Die SPD hat in der Krise daher nicht auf Sozialabbau gesetzt, wie dies 2010 getan wurde, sondern die sozialen Strukturen in Sachsen erhalten und gestärkt. Das haben wir gegen Widerstände erkämpft, auch wenn manchmal die Stimmung in der Koalition darunter gelitten hat.

Corona wirkte wie ein Brennglas auf Ungerechtigkeiten, politische Fehlentwicklungen und mangelnden Reformgeist. Vieles läuft in Sachsen sehr gut. Wir sehen aber auch Entwicklungen und Zustände, die dringend umgekehrt werden müssen. Es geht um das soziale Sachsen von morgen. Wir müssen dabei jene Bereiche besonders in den Blick nehmen, in denen Fehlstellen und Probleme, aber auch Chancen und Potentiale während der Pandemie deutlich wurden. Durch die Pandemie ist beispielsweise noch deutlicher geworden, dass Sachsen auf den flächendeckenden Zugang zum Internet, auf Basis einer modernen, digitalen Infrastruktur angewiesen ist. Ebenfalls stark hervorgetreten sind die Ungerechtigkeiten und Fehlstellen in unserem Bildungssystem. Und auch die Probleme in unserem Gesundheitssystem wurden offenkundig.

Im Schatten von Corona hat sich zugleich die Welt rasant weiter verändert. Im Moment werden ganze Wirtschaftszweige und Gesellschaftsbereiche durch die Herausforderungen der Digitalisierung und Automatisierung neu geordnet. Der Druck, in Zukunft klimaneutral zu wirtschaften, nimmt auf alle Industrienationen zu. Der Weg zur Klimaneutralität ist die zentrale Aufgabe unserer Zeit und der folgenden Jahrzehnte.

Im Moment ist Sachsen noch immer mit der Bewältigung der Pandemie beschäftigt. Es braucht aber zeitgleich eine Debatte über die Zukunft unseres Landes. Wir haben als SPD in den letzten Monaten aus diesem Grund konkrete Ideen und Maßnahmen entwickelt, die nicht nur kurzfristig in der Pandemie wirken.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben den Eindruck, dass staatliches Handeln oft einem Reparaturbetrieb gleicht. Mal wird da an einer Schraube gedreht, mal an einer anderen. Dies führt auch zu Zweifeln, wie die Ziele von Digitalisierung oder Klimaschutz wirklich erreicht werden können oder ob wir unseren Kindern die Bildung mitgeben, die sie für die Zukunft brauchen.

Während sich die Mehrheit der Ökonom:innen einig sind, dass jetzt klug in den Klimaschutz, Mobilität, Gesundheit, Digitalisierung und Bildung investiert werden muss und weltweit für die ökologische und digitale Transformation Billionen an Staatsgeldern und Privatkapital investiert werden, halten sich einige, gerade konservative Politiker:innen, an Ideen aus dem letzten Jahrhundert fest.

In den Bereichen Mobilität, Klimaschutz, Digitalisierung und Gesundheit stehen wir vor Umwälzungen, die massive Anstrengungen von uns erfordern. Diese Umwälzungen bedeuten für Sachsen jedoch auch die Chance, mit Rückenwind stark aus der Krise zu kommen.

Wir wollen daher mit voller Kraft eine Vielzahl von politischen Instrumenten einsetzen, um Potenziale zu entfesseln und entschlossen anzupacken. Damit soll das politische „Klein-Klein" überwunden werden. Für uns geht es um die Bewältigung von Zukunftsaufgaben. Sachsen muss vom Krisenmodus in den Zukunftsmodus. Wir wollen Sachsen gestalten – den Sächsinnen und Sachsen Sicherheit geben und Gerechtigkeit schaffen!

Hierfür gilt es, in

1. einen klimaneutralen Umbau der Wirtschaft,

2. gute Arbeitsplätze und mehr Mitbestimmung,

3. die Gesundheitslandschaft von morgen,

4. eine bessere Bildung,

5. einen starken, sozial-gerechten Klimaschutz und

6. die Mobilitätswende

zu investieren sowie die notwendigen politischen Schritte für die Zukunft unseres Freistaats zu gehen. Die Umsetzung dieser Missionen braucht ein hohes Niveau öffentlicher Investitionen und eine sozial-ökologisch ausgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik (7.). Wir werden diese Missionen im Zusammenwirken mit Gewerkschaften, Wissenschaft, Wirtschaft und der sächsischen Zivilgesellschaft voranbringen. Und den klimafreundlichen Infrastrukturausbau auf Grundlage eines neuen, gesamtgesellschaftlichen Infrastrukturkonsenses gestalten. Unser Anspruch ist ein modernes und kooperatives Regieren.

1. Vorsprung Ost

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, die Energie- und Mobilitätswende sowie die Entcarbonisierung werden unsere Wirtschaft und Arbeitswelt enorm verändern. Diese Transformations- und Strukturwandelprozesse werden zu einer ökonomischen Kräfteverschiebung im globalen Maßstab, aber auch innerhalb Europas und Deutschlands führen. Die Covid19-Pandemie beschleunigt diesen Prozess enorm. Nicht nur in Nordamerika und Asien wird massiv in Zukunftstechnologien investiert. Der Freistaat agiert, anders als Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg, hier nicht fiskalpolitisch entschlossen genug. Wir als SPD plädieren dafür, bereitstehende europäische Mittel auch vollständig abzurufen und durch großzügige Landesprogramme zu ergänzen.

Trauriger Fakt ist: Kein DAX Unternehmen hat bislang seinen Sitz im Osten. Die meisten Entwicklungs- und Innovationsabteilungen sind im Westen. Doch jetzt ändert sich das Spiel: Wir haben jetzt die Chance, dass die ostdeutsche und die sächsische Wirtschaft zu Vorreitern auf einzelnen Wirtschaftsfeldern werden können. Wir haben das erste Mal seit 1990 eine faire Chance darauf, aus eigener Kraft einen Vorsprung Ost zu schaffen. Weil alle bei KI, Elektromobilität und Wasserstoff am Anfang stehen, wir im Osten aber in einigen Bereichen bereits weiter sind als viele andere Regionen, haben wir als Ostdeutsche das erste Mal die Möglichkeit, in Industriebereichen und Technologien eine Führungsposition in zentralen Wirtschaftsbereichen der Zukunft zu bekommen. Kein Nachbau West oder Werkbank Ost: Sondern Vorsprung Ost! Ob uns das gelingt, darüber entscheiden die kommenden Jahre.

Wir wollen die 2020er Jahre zu einem Jahrzehnt der ökonomischen, ökologischen und sozialen Erneuerung machen, um unseren Wohlstand zu sichern und ihn mit ökologischen sowie nachhaltigen Zielen zu vereinbaren. Voraussetzung dazu ist eine industrie-, energie- und forschungspolitische Innovationsstrategie.

Dazu wollen wir öffentliche Investitionen dauerhaft sicherstellen und mehr private Investitionen unterstützen, um Sachsen insbesondere in folgenden Bereichen als Industrie- und Wirtschaftsstandort der Zukunft zu stärken:

a) Sachsen als Pionierland der E-Mobilität

E-Mobilität verbindet Innovation mit Nachhaltigkeit. Sachsen ist beim Strukturwandel zur E-Mobilität in einer europaweit führenden Position. Diese wollen wir ausbauen und die Wertschöpfung möglichst entlang der Wertschöpfungskette in Sachsen etablieren. Dazu wollen wir den Ausbau der Ladeinfrastruktur voranbringen und Kooperation insbesondere in den Bereichen der Künstlichen Intelligenz und Sensortechnik forcieren. Dafür muss insbesondere die sächsische Zulieferindustrie dabei unterstützt werden, diese Transformation zu bewältigen und so Unternehmen und Arbeitsplätze zu erhalten.

b) Sachsen als führender Mikroelektronikstandort

Die europaweit führende Position Sachsens als Mikroelektronikstandort gilt es, stärker mit Software und Konnektivität zu verknüpfen und daraus Anwendungen sowie Produkte praxisorientiert zu befördern. Wir wollen mit der verstärkten Entwicklung und Produktion von Mikrochips regionale Produktions- und Wertschöpfungsketten im Hi-Tech Bereich (z.B. in der Automobilindustrie) stärken und damit auch die europäische Techniksouveränität vorantreiben. Dabei wird künftig auch ein Schwerpunkt auf die Anwendung Künstlicher Intelligenz gelegt. Hierfür muss das EU-Förderprogramm für Mikroelektronik (IPCEI II) schnellstmöglich starten.

c) Wasserstofftechnologie als Schlüssel für eine ökologische Industriepolitik

Sachsen soll Energieland und Industriestandort bleiben und werden. Beides hängt miteinander zusammen. In Sachsen müssen deshalb die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Wasserstoff als Energieträger im dezentralen Energiesystem der Zukunft zu entwickeln. Wir wollen dazu das enorme Potenzial sächsischer Unternehmen von Forschung zur Wasserelektrolyse bis hin zum Anlagenbau nutzen. Das Hochfahren einer leistungsfähigen Wasserstoffwirtschaft soll mit Investitions- und Infrastrukturimpulsen unterstützt werden. Unser Ziel ist die Industrialisierung von Wasserstofftechnologien in Sachsen für den globalen Markt. So können auch die Grundlage für die Energieversorgung einer erfolgreichen ökologischen Industrielandschaft gesichert und tariflich geschützte Arbeitsplätze in Sachsen geschaffen werden. Mit der Beteiligung Sachsens am IPCEI-Programm wurde dafür eine wichtige Voraussetzung geschaffen, auch durch zusätzliche Mittel im Doppelhaushalt.

d) Ausbau digitaler Infrastruktur und Künstliche Intelligenz

Sachsen braucht eine flächendeckende, moderne und digitale Infrastruktur. Der Freistaat liegt beim Breitbandausbau bundesweit in der Spitzengruppe. Dieser Vorsprung muss verteidigt werden. Deshalb wollen wir in Sachsen flächendeckend Glasfasertechnologie, um den nächsten Schritt Richtung Gigabit-Gesellschaft zu machen. Dass CDU und BÜNDNISGRÜNE die notwendigen Mittel für die Kofinanzierung des „Graue Flecken-Programms" blockieren, ist ein Fehler. Sachsen braucht eine KI-Strategie, die die Grundlagenforschung in Sachsen und die ganze Breite der sächsischen Wirtschaftsstruktur vernetzt. Digitale Innovationen sollen so nicht nur für die Industrie, sondern auch für KMU, Start-ups und die Kultur- und Kreativwirtschaft nutzbar gemacht werden. Mit dem Fonds für digitale Teilhabe wollen wir digitale Innovationsschmieden wie Creative Hubs und Cross Innovation Hubs stärker fördern.

Um diese Ziele zu verwirklichen, muss Sachsen jetzt in die Zukunft investieren. Europa und der Bund haben dafür wichtige Voraussetzungen geschaffen. Der New-Green-Deal der EU stellt enorme finanzielle Mittel für den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft zur Verfügung. Auf Initiative der SPD investiert die Bundesregierung in den nächsten Jahren rund 50 Milliarden Euro in Zukunftstechnologien, die Verkehrswende und den Klimaschutz. So bleibt unser Land im Weltmaßstab konkurrenzfähig und sichert die Einnahmen der Zukunft. Sachsen muss diesen Schwung nutzen. Wir brauchen auch im Freistaat einen Investitionsschub.

Heute in Zukunftstechnologien, eine nachhaltige Industriepolitik, Digitalisierung und moderne Mobilitätskonzepte zu investieren, ist ein Gebot ökonomischer Vernunft. Der finanz- und wirtschaftspolitische Kurs der SPD wird deshalb auch von zahlreichen Ökonominnen und Ökonomen zu Recht unterstützt.

CDU und BÜNDNISGRÜNE zögern, in einer doppelten ökonomischen Sondersituation über den beschlossenen Haushalt hinaus antizyklisch zu investieren. Manche in der CDU denken sogar über eine neue Kürzungspolitik nach, indem sie die gebotene Reform der Schuldenbremse in Frage stellen oder – aus Wahlkampfgründen – auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschieben wollen.

So könnte in der entscheidenden Phase der wirtschaftlichen Erholung und der Neuorientierung zentraler deutscher und europäischer Industriebranchen ein entscheidender Wettbewerbsnachteil für Sachsen entstehen. Um dieser Entwicklung kraftvoll zu begegnen, haben Martin Dulig und Dirk Panter im Herbst 2020 ein Konzept für mehr Zukunftsinvestitionen durch den SachsenFonds 2050 vorgestellt.

2. Beschäftigung sichern – Neue Arbeitsplätze schaffen – Den Sozialstaat erneuern

Land und Bund haben es im bisherigen Verlauf der Covid19-Pandemie geschafft, einen massiven Anstieg an Insolvenzen und Arbeitslosigkeit zu verhindern. Durch die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes, die Unterstützungsprogramme des Bundes und Landes, die Öffnung der Grundsicherung für Selbständige und die Flexibilisierung beim Hartz IV-Bezug haben wir Arbeitsplätze gesichert. Auch wegen dieser Maßnahmen empfanden die meisten Sächsinnen und Sachsen die staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung insgesamt weniger als wirtschaftlich-finanzielle, sondern vor allem als soziale und psychische Belastungen.

Bei allen Erfolgen der Krisenpolitik: Die Covid19-Pandemie hat trotzdem erhebliche, teils bittere wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Schäden verursacht. Die besonders betroffenen Branchen und die dort arbeitenden Menschen müssen wir in Zukunft verstärkt in den Blick nehmen.

Wir haben einen Stabilisierungsfonds aufgelegt, damit Unternehmen mit staatlichen Beteiligungen neu investieren und ihr Geschäft langfristig stabilisieren können. Wir haben die landeseigenen Rettungsprogramme „Rettung und Umstrukturierung von kleinen und mittleren Unternehmen in Schwierigkeiten“ und „Krisenbewältigung und Neustart“ aufgestockt und einen Corona Start-up Hilfsfonds für junge Unternehmen gestartet. So kommen viele Unternehmen und ihre Beschäftigten besser aus der Krise und können ihr Know-How weiter einbringen.

Unser politischer Gestaltungsanspruch geht aber weiter, als nur den Vorkrisenzustand wiederherzustellen. Die beschäftigungsstarken Branchen, wie der Automobilbau, der Maschinen- und Anlagenbau oder die Kreativwirtschaft stehen vor Transformationsprozessen, die viele der zentralen Produktions- und Vertriebsbedingungen ihrer Produkte und Dienstleistungen zur gleichen Zeit umwälzen. Deshalb haben wir in der Krise nicht nur konkrete Schritte unternommen, um die Arbeitsplätze der sächsischen Beschäftigten zu erhalten, sondern wir wollen gleichzeitig neue Jobs für die Zukunft schaffen. Die Maßnahmen zur Unterstützung und Abfederung des Strukturwandels in den Braunkohleregionen zeigen, welche Möglichkeiten genutzt werden können, wenn der Wille dazu vorhanden ist.

Die sozialdemokratischen Zukunftsmissionen werden Beschäftigung in Sachsen sichern. Unser sächsischer Arbeitsmarkt hat eine starke industrielle Basis, die aus dem Umbau noch stärker hervorgehen kann – wenn wir gezielt in Infrastruktur und Innovationen investieren. So wird die SPD-Zukunftsmission „klimaneutrales

Deutschland“ zum Jobmotor. Genauso besteht die Chance auf gut bezahlte Jobs in anderen Zukunftsbereichen.

Die Beschäftigten im sozialen Dienstleistungsbereich, im Gastgewerbe, dem stationären Einzelhandel oder in der Lebensmittelproduktion haben besonders unter Corona gelitten. Oftmals sind die Arbeitnehmer:innen prekär beschäftigt. Es wäre fatal, wenn gerade sie jetzt die Zeche für die Pandemie zahlen sollten. Deshalb wird es mit der SPD keine Ausdehnung der Arbeitszeit, weitere Sonn- und Feiertagsarbeit oder anderweitigen Abbau von Arbeitnehmer:innenrechten geben.

a) Für ein sozial-ökologisches Vergabegesetz

An unseren Plänen für ein sozial-ökologisches Vergabegesetz mit einem vergabespezifischen Mindestlohn für Sachsen halten wir fest. Das Problem in vielen Branchen ist nicht nur der Fachkräftemangel. Das Problem ist in vielen Fällen ein Mangel an gut bezahlter, sicherer, tariflich geregelter Arbeit. Auch Kriterien wie beispielsweise ein geringer Anteil an Leiharbeit, Übernahmegarantien für Azubis oder die Gleichstellung der Geschlechter sollten im Vergabegesetz positiv berücksichtigt werden.

Die Folgen der Covid 19-Pandemie, der anstehenden gesellschaftlichen Transformationen und des Strukturwandels können nur gemeinsam mit den Beschäftigten überwunden werden. Die Krise darf nicht dazu führen, soziale Standards zu senken oder den Ehrgeiz bei den klimapolitischen Zielen zu verlieren. Eine auch nur temporäre Absenkung bestehender Standards lehnen wir ab. Der Wiederaufschwung nach der Krise muss innerhalb ökologischer und sozialer Leitplanken erfolgen.

b) Für eine stärkere Mitbestimmung

Es geht an dieser Stelle auch um einen regelrechten Kulturkampf. Es ist ein Kampf gegen die Ideen, Konzepte und Vorstellungen der 1990er-Jahre. Es wird vielfach unterschätzt, was Massenarbeitslosigkeit und die damit einhergehende einseitige Macht der Unternehmen in den letzten 30 Jahren mit den Arbeiterinnen und Arbeitern in Sachsen gemacht hat: Man hat damals vielen den Zahn gezogen. Aber die Beschäftigten müssen heute weniger Angst um den Arbeitsplatz haben, wenn sie Forderungen an die Firmen und Chefs stellen. Arbeitsplatzverlust ist in Zeiten des Fachkräftemangels oft eine leere Drohung. Es ist zudem ein Kampf gegen das Motto: „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Dieses Motto führte dazu, dass die Ostdeutschen beim Einkommen oft als Kolleginnen und Kollegen zweiter Klasse da stehen. In vielen Branchen bezahlen sie den Verzicht auf Mitbestimmung bis heute mit geringen Löhnen, schlechteren Arbeitsbedingungen und infolgedessen

leider auch mit Altersarmut.

In den letzten Monaten kämpfen im Schatten der Pandemie viele Beschäftigten für höhere Löhne und mehr Rechte. Ein gutes Beispiel dafür sind die Streiks für bessere Löhne in der sächsischen Lebensmittelindustrie. Die Erfolge bei der Angleichung von Löhnen und Arbeitszeit, wie zuletzt in der Metall- und Elektroindustrie, zeigen, dass sich der Druck der Gewerkschaften und Betriebsrät:innen lohnt. Wir werden diese Bewegung politisch weiter unterstützen.

Die letzte große Reform der Betriebsverfassung auf Bundesebene liegt 20 Jahre zurück und braucht ein Update. Als sächsische SPD stehen wir klar für unsere Ziele: Mehr echte Mitbestimmungsrechte bei der Beschäftigtensicherung und Betriebsänderungen, beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen, beim Einsatz neuer Technologien und Arbeitsweisen wie die der Künstlichen Intelligenz (KI), bei der Personalbemessung, damit Überlastungen beseitigt werden und bei der betrieblichen Weiterbildung als eine zentrale Voraussetzung für gelungenen Wandel. Wir werden den Kündigungsschutz für Betriebsrät*innen ausweiten und eine Behinderung von Betriebsratsarbeit stärker verfolgen.

c) Sachsen braucht eine höhere Tarifbindung

Zentral für die weitere Angleichung bei Löhnen und Arbeitszeit ist die Stärkung der Tarifbindung Sächsischer Unternehmen. Hier braucht es mehr als Anerkennung für die Arbeit von Gewerkschaften sowie von Betriebs- und Personalrät:innen. Das von der SPD im Bund durchgesetzte „Betriebsräte-Modernisierungs-Gesetz” war hier ein wichtiger Schritt: Dieses schützt nun Kolleginnen und Kollegen, die einen Betriebsrat gründen wollen.

Wir wollen die Tarifbindung weiter stärken und setzen uns dafür ein, tarifgebundene Unternehmen steuerlich besser zu stellen als nicht-tarifgebundene Unternehmen. Es muss darüber hinaus einfacher werden, Tarifverträge für ganze Branchen verbindlich zu machen: Das bedeutet, dass der Geltungsbereich von Verhandlungsergebnissen auch für die Unternehmen und die dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen gelten, die nicht tarifgebundenen sind. Dafür werden wir das Vetorecht der Arbeitgeber:innen bei Allgemeinverbindlich-Erklärungen von Tarifverträgen abschaffen, damit sie diese nicht mehr blockieren können. Im Falle der Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen müssen bestehende Tarifverträge weiter Bestand haben, bis ein neuer Tarifvertrag verhandelt ist.

d) Mindestlohn von 12 Euro und die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen

Genauso wichtig ist die bessere Entlohnung und höhere Entlastung von kleinen Einkommen. Deshalb wollen wir den Mindestlohn auf 12 Euro anheben. Kleinere und mittlere Einkommen können vor allem bei den Sozialabgaben und z.B. den Kosten für die Kinderbetreuung wirksam entlastet werden. Steuersenkungen ausschließlich für Spitzenverdiener:innen, wie von der Union geplant, lehnen wir strikt ab.

Unser Ziel ist vielmehr, dass Topverdienende einen größeren Beitrag zum Gemeinwohl leisten und so Mittel für Zukunftsinvestitionen frei werden. Daher wurde zum Jahreswechsel 2020/2021 der Soli nur für kleine und mittlere Einkommen abgeschafft. Die vollständige Abschaffung des Solis, auch für ganz reiche Einkommen, lehnen wir hingegen ab. Davon würden auch kaum Sächsinnen und Sachsen profitieren: Nimmt man das Jahr 2018 als Anhaltspunkt, dann muss ab 2021 in 1,2 Millionen Fällen der Soli nicht mehr entrichtet werden. Demgegenüber zahlen in Sachsen nur noch 11.000 Menschen den Soli vollständig.

e) Der Neue Sozialstaat

Die Corona-Krise zeigte zudem auf, warum wir als SPD Hartz IV abschaffen und stattdessen ein Bürgergeld einführen sowie einen Neuen Sozialstaat aufbauen wollen: Es geht um mehr Respekt. Dazu wollen wir auch, dass die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für diejenigen verlängert wird, die bereits lange gearbeitet haben. Die SPD tritt dafür ein, dass die sozialen Sicherungssysteme grundsätzlich in Zukunft auch Soloselbständige absichern. Wir brauchen eine analoge Leistung zum Kurzarbeitergeld und eine Arbeitslosenversicherung für Selbständige, die in solchen existentiellen Krisen wirkt. Mit einem „Bonus für Weiterbildung” und einem Arbeitslosengeld Q (Qualifikation) soll mehr Geld in der Grundsicherung und ein längeres Arbeitslosengeld 1 möglich werden.

Wir treten für die Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsmarkt ein. Auch hier hat uns Corona schmerzlich vor Augen geführt, wie weit entfernt wir hiervon sind. Wir werden das Sächsische Frauenförderungsgesetz zu einem modernen Gleichstellungsgesetz weiterentwickeln. Die gesetzlichen Vorgaben müssen an den Wandel der Arbeitswelt sowie an veränderte Berufsbiographien und Lebensentscheidungen aller Geschlechter und Familienformen angepasst werden.

Von den Verbesserungen am Arbeitsmarkt sollen alle Menschen profitieren können. Wir wollen deshalb insbesondere die Inklusion von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt – gemeinsam mit deren Interessen- und Fachverbänden, Gewerkschaften und Unternehmen – verbessern und bedarfsgerecht fördern.

3. Die Gesundheitslandschaft von morgen

Wir brauchen ein neues Zielbild für Sachsens Gesundheitslandschaft von morgen. Neue Behandlungsmöglichkeiten, demographische Veränderungen und knappes Personal machen ein Umdenken nötig. Mit der Zukunftswerkstatt für ein neues sächsisches Krankenhausgesetz hat unsere Sozial- und Gesundheitsministerin Petra Köpping in einem innovativen Beteiligungsprozess die gemeinsame Diskussion angestoßen und alle an einen Tisch geholt – Vertretungen von Ärzt:innen, Pflege, Patient:innen und Krankenhäusern, Krankenkassen, Gewerkschaft, Politik und viele weitere.

Klar ist: Wir wollen eine gute und flächendeckende Grundversorgung sichern, die Krankenhauslandschaft modernisieren und Spitzenmedizin in Sachsen stärken. Dazu brauchen wir eine stärkere Öffnung von Krankenhäusern für ambulante, teambasierte und interdisziplinäre Formen der Versorgung. Mit unserem Konzept der Poliklinik Plus fördern wir den Aufbau innovativer Anlaufstellen, die ambulante und stationäre Angebote unter einem Dach vereinen.

Das System der Fallpauschalen gehört auf den Prüfstand gestellt, die Pauschalen überarbeitet und, wo nötig, abgeschafft. Es ist hauptsächlich auf Behandlungsfälle ausgerichtet. Daher rechnen sich beispielsweise Kinderkliniken oftmals nicht und sind gerade in ländlichen Räumen im Osten bedroht. Doch wenn sich Kindermedizin nicht rechnet, ist etwas faul im System. Die Kinder- und Jugendmedizin wollen wir daher neu strukturieren und die Grundfinanzierung von Kliniken und Gesundheitszentren sichern, die für die Versorgung vor allem in ländlichen Regionen wichtig sind. Denn es ist zentral, überall medizinisch gut versorgt zu werden, egal, wo man Zuhause ist.

Steigende Kosten im Gesundheitsbereich sollten solidarisch von allen getragen werden und Leistungen allen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Das stärkt den Zusammenhalt und entlastet die Beitragszahlenden insgesamt. Unser Ziel bleibt eine Bürgerversicherung, die alle einbezieht. Das bedeutet: Gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, eine solidarische Finanzierung und hohe Qualität der Leistungen. Gesundheit ist keine Ware, deshalb müssen in unserem Gesundheitssystem die Bürger:innen im Mittelpunkt stehen.

Die Einführung der pauschalen Beihilfe in Sachsen ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sächsische Beamtinnen und Beamte können sich dann erstmals zu fairen Bedingungen ohne Nachteile gesetzlich versichern und bleiben der Solidargemeinschaft erhalten. Ob auf der Bundesebene weitere Schritte hin zu einer Bürgerversicherung gegangen werden können, darüber entscheiden die Wähler:innen im September.

Schon vor der Pandemie mussten die Menschen mehrere Monate auf einen Psychotherapieplatz warten. Im ländlichen Raum kommen dazu noch Fahrzeiten von bist zu 2 Stunden. Die Pandemie hat wieder einmal aufgezeigt, dass der Bedarf

für Psychotherapieplätze nicht einmal annähernd ausreichend gedeckt ist. Es braucht eine neue und gerechte Bedarfsplanung.

Die Corona-Krise hat gezeigt: Der öffentliche Gesundheitsdienst muss gestärkt werden. Neben einer besseren personellen und digitalen Ausstattung brauchen wir bundeseinheitliche Melde- und Informationssysteme. In Sachsen wollen wir ein Landesgesundheitsamt als fachliche Leitstelle schaffen. Kompetenzen sollten entsprechend angepasst und erweitert werden, beispielsweise im Bereich Prävention oder bei Koordinationsaufgaben.

Eine weitere Erkenntnis aus der Pandemie ist, dass die kritische Infrastruktur zum Teil zu abhängig ist von einzelnen Lieferketten. So hat es mit dem Ausfall von Lieferungen zum Beispiel aus China Engpässe in der Versorgung mit Schutzkleidung, Masken und Medikamenten gegeben. Wir brauchen stabile und wo nötig kürzere Lieferketten, Mindestreserven sowie die Bereitschaft, Preise dieser Strategie anzupassen.

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen dauerhaft entlastet und der Pflegeberuf aufgewertet werden. Dafür braucht es eine echte Pflegereform. Die von der CDU eingebrachten ersten Schritte reichen nicht aus. Wir wollen fest begrenzte Eigenanteile für Pflegebedürftige mit kleinen und mittleren Einkommen, damit Pflege bezahlbar bleibt. Für eine solide Finanzierung wollen wir eine Pflegebürgerversicherung, die alle pflegerischen Leistungen abdeckt. So können Kostensteigerungen wie etwa für Tariflöhne solidarisch über einen Mix aus moderat steigenden Pflegeversicherungsbeiträgen und einem dynamischen Bundeszuschuss finanziert werden.

Pflegekräfte im stationären wie im ambulanten Bereich leisten nicht erst seit der Corona-Pandemie viel. Sie schultern eine enorme Verantwortung. Anständige Tariflöhne sind nicht weniger als eine Frage des Respekts für die Leistung der Beschäftigten in der Pflege. Von der Erhöhung der Pflegemindestlöhne für Pflegehilfskräfte und qualifizierte Pflegekräfte profitieren zwar vor allem die Beschäftigten in Sachsen, aber Pflegekräfte verdienen mehr als Mindestlohn, sie verdienen ordentliche Tariflöhne! Die beschlossenen Tariftreue-Regelungen sind dafür ein erster wichtiger Schritt. Ein Flächentarifvertrag bleibt unser Ziel!

4. Für eine bessere Bildungspolitik

Nach wie vor gibt es beim Zugang zu Bildung und beim Bildungserfolg soziale Schieflagen, die in der Corona-Krise noch deutlicher sichtbar geworden sind. In vielen Familien konnten die wegfallenden frühkindlichen Bildungsangebote oder ins Homeschooling verlagerte Schulstunden nicht durch die Eltern aufgefangen

werden. Der Wegfall der Präsenzangebote in Kita, Schule, Ausbildungsbetrieb, Hochschule bzw. Weiterbildungseinrichtung zeigte, wie wichtig die Institutionen für mehr Chancengleichheit in der Bildung sind. Bildung ist Vertrauensarbeit und benötigt ein soziales, kommunikatives Miteinander. Wir werden daher als SPD verhindern, dass ähnlich wie 2010 Kürzungsmaßnahmen das Bildungssystem treffen. Im Gegenteil: jetzt in Bildung zu investieren, sichert mehr Chancengleichheit.

Die Pandemie hat schmerzlich die Lücken im digitalen Bildungsangebot deutlich gemacht. Insbesondere unsere Schulen müssen besser auf die (digitale) Zukunft vorbereitet werden. Mit dem Digitalpakt Schule gibt es gerade einen Schub für die digitale Infrastruktur in den Schulen sowie die Ausstattung von Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften mit mobilen Endgeräten. Diese bislang einmaligen Investitionen des Bundes müssen auf Dauer gestellt werden, um die öffentlichen und freien Schulträger bei der Aufgabe zu unterstützen, eine nachhaltige IT-Infrastruktur aufzubauen, fortlaufend modern zu erhalten und auszubauen. Unser Anspruch ist, allen Kindern und Lehrkräften ein mobiles Endgerät zur Verfügung stellen zu können.

Neben der technischen Grundausstattung bedarf es auch einer Modernisierung der sächsischen Lernplattform „Lernsax“. Sie muss sich zu einer Lern-Cloud wandeln oder durch eine von Bund und Ländern betriebene Schul-Cloud abgelöst werden. Für digitales Lernen und Arbeiten müssen mehr Lernsequenzen online und adaptiv verfügbar sein sowie sich leicht in Lernprozesse einbinden lassen. Es ist notwendig, Lernaufgaben flexibel abrufbar zu machen, sowohl individuelle Lernprozesse als auch Zusammenarbeit zu ermöglichen sowie jedem und jeder Lernenden differenzierte Rückmeldungen zum Lernfortschritt zu geben. Zudem muss es Instrumente geben, die eine direkte, zeitnahe Kommunikation und aktive Interaktion zwischen Lernenden und Lehrenden ermöglichen.

Wir brauchen nicht nur in Zeiten einer Pandemie digitale Arbeitsräume und Lernmanagementsysteme, die mit unterschiedlichen Aufgabenstellungen und individuellen Lernstandserhebungen einen wesentlichen Beitrag zur Organisation und Strukturierung des Lernens leisten können. Deshalb sollte sich Lernsax zu einer offenen, d.h. einer Open-Source-Plattform wandeln, die einen übersichtlichen, barrierefreien, steuerbaren, datenschutz- und urheberrechtskonformen digitalen Raum zur Verfügung stellt. Ein solches cloudbasiertes Lernmanagementsystem muss zukünftig zur Grundausstattung jeder Schule gehören.

Bei der Nutzung dieser Plattform wird die didaktische Reduktion in der Aufgabenformulierung sowie der methodisch, medialen Ausgestaltung entscheidend sein – eine Herausforderung für viele Lehrkräfte, die mit dem Grad der Digitalisierung immer größer wird. Deshalb gilt es, Beratungs- und

Unterstützungsnetzwerke zu schaffen sowie die Online-Fortbildung auszubauen. Zudem kommt der Vermittlung von Medienkompetenz eine noch stärkere Rolle zu. Egal ob Kinder, Jugendliche oder Erwachsene – sie alle brauchen Sicherheit im Umgang mit Informationen sowie Aufklärung zu Gefahren in der digitalen Welt.

Während sich die CDU zu lange auf den echten und vermeintlichen Erfolgen ihrer Bildungspolitik ausruht, will die SPD weitere Reformen ergreifen. Die Welt, in der unsere Kinder leben, unterscheidet sich deutlich von jener, in der wir aufgewachsen sind und wird sich in einem immer schnelleren Tempo weiter verändern. Wissen ist immer und überall verfügbar, die Menge an Informationen nimmt ständig zu. Im Arbeitsleben geht es immer weniger um das Erlernen und Ausführen wiederholbarer Tätigkeiten, stattdessen sind in Einzelprojekten selbstorganisiertes Lernen, Problemmanagement, Kreativität und Teamarbeit gefragt.

Es ist offensichtlich: Wenn sich ändert, wie wir arbeiten, muss sich auch ändern, wie wir lernen. Anwendung statt Abfrage – Erfahren statt Pauken: Lernprozesse im 21. Jahrhundert erfordern eine verstärkte Prozess- anstelle einer Produktorientierung. Hin zu eigenen Erfahrungen im Umgang mit dem Lerngegenstand, weg von der reinen Wissensvermittlung und -abfrage. Deshalb garantieren wir ein lebenslanges Recht auf Bildung und schaffen einen inklusiven Zugang zu Bildung.

Die Schule der Zukunft in Sachsen ist aus besagten Gründen eine Ganztagsschule. Sie bietet Kindern und Jugendlichen über den Tag verteilt Unterricht, fördernde Freiarbeit und Freizeit sowie Sport, Spiel, Spaß und Bewegung. Und an ihr wird von der Praxis des Lebens gelernt: Lebenserfahrungen werden an Lebensorten gemacht. Daher sind Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Lernorten wie Unternehmen, Handwerksbetrieben, Behörden, Kultureinrichtungen und Gedenkstätten fester Bestandteil des schulischen Alltags. Die Ganztagsschule lebt eine demokratische Schul- und Unterrichtskultur und arbeitet inklusiv. Von Beginn an muss Verschiedensein alltäglich sein.

Damit all dies gelingt, sind nicht nur engagierte Lehrerinnen und Lehrer, sondern weitere Professionen, die förderpädagogische, sozialpädagogische, freizeitpädagogische, psychologische oder therapeutische Kompetenzen einbringen, und weitere zum Profil der Schule passende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem multiprofessionellen Team tätig. Dies wird von einer erweiterten Schulleitung koordiniert. So wird es uns gelingen, das Dasein des Lehrers oder der Lehrerin als Einzelkämpfertum zu beenden, pädagogische Teams zu entwickeln sowie die Schwarmintelligenz dieser Teams nutz- und fruchtbar zu machen.

Zur Bildungsreform gehört auch, die sächsischen Lehrpläne durch einen

Rahmenlehrplan, der die allgemeinen Kompetenzen und Kulturtechniken abbildet, zu ersetzen. Er soll die Lernziele definieren. Angesprochen werden sollen die Grundsätze einer gelingenden Lernumgebung und Standards eines allgemeinen Lernkonzepts. Die jeweilige Schule erarbeitet ihre eigenen Pläne, um regional ansässige externe Lernorte zu nutzen. Die Aufgabe der Schule ist es, die Fähigkeiten zur Selbstbeurteilung zu entwickeln und somit die Lernfähigkeit zu fördern, wobei der eigene Lernfortschritt und das eigene Lerntempo im Fokus stehen. Neben den Kernfächern entwickelt sich ein projektorientierter Unterricht an der Ganztagsschule.

Die Ganztagsschule ermöglicht gleiche Chancen in Stadt und Land. Der öffentliche Nahverkehr muss sich daher zu einem echten Dienstleister für junge Menschen in Sachsen entwickeln. Nicht der örtliche Träger des Schülerverkehrs darf über den Bildungszugang, die Bildungschancen entscheiden, sondern Eltern und deren Kinder. An einer Ganztagsschule als Lebens- und Erfahrungsort ist zudem eine gestärkte Elternarbeit unerlässlich. Dies umfasst auch Beratungs- und Unterstützungsangebot für Familien, Eltern bzw. Kinder.

Wir setzen uns für eine bundesweite Ausbildungsgarantie ein. Auf dem Weg dahin wollen wir ein sächsisches Landesprogramm Ausbildungsplatzgarantie auflegen, um Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben zu unterstützen. Berufsanfänger*innen brauchen eine Chance, in das Berufsleben einzusteigen. Sie verdienen Respekt ebenso wie jene, die einen beruflichen Neustart wagen. Für uns bleibt die Vermittlung junger Menschen in eine betriebliche Ausbildung oberstes Ziel. Denn die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell, das wir vollumfänglich stärken wollen. Alle Unternehmen, vor allem größere, müssen jedoch mehr Verantwortung für die Schaffung von ausreichend Ausbildungsplätzen übernehmen. Wir unterstützen das Mittel der Umlagen bzw. Fonds, beispielsweise branchenbezogen, dort wo unterhalb des Bedarfs ausgebildet wird. Alle jenen ohne betrieblichen Ausbildungsplatz ermöglichen wir eine eng an die betriebliche Praxis angelehnte Ausbildung in einer Berufsschule oder eine außerschulische bzw. überbetriebliche Ausbildung.

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) soll in Zukunft wieder mehr junge Erwachsene erreichen damit so auch Studierende in Sachsen profitieren. Dafür setzen wir uns für die Ausweitung der Förderansprüche ein und streben eine schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss und Hinwendung zur Elternunabhängigkeit an. Wir unterstützen der Aufhebung der Altersgrenzen im BAföG und wir unterstreichen den Bedarf eines Neustart-BAföG, das auch im Erwachsenenalter neue berufliche Wege öffnet und angemessen den Lebensunterhalt sichert.

5. Für eine starken, sozial-gerechten Klimaschutz

Klimaschutz ist eine Jahrhundertaufgabe der gesamten Gesellschaft. Wir stehen zum vereinbarten Kohleausstieg bis 2038. Eine Aufweichung dieses Kompromisses lehnen wir ab. Trotzdem wünschen wir uns einen früheren Ausstieg, wenn dies möglich ist.

Die SPD Sachsen bekennt sich zum Ziel, die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad zu erreichen. Mit der Novelle des Klimaschutzgesetzes in 2021 hat die Bundesregierung einen ambitionierten Plan mit deutlich verschärften Klimazielen vorgelegt, der auch für Sachsen gilt. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, in Deutschland bis spätestens 2045 klimaneutral zu sein.

Es kommt jetzt darauf an, die Ziele in praktische Politik umzusetzen. Es geht nicht mehr um die Frage „ob", sondern um das „wie". Die Klimawende stellt Anforderungen an uns alle: den Staat, die Wirtschaft sowie die Bürgerinnen und Bürger. Denn wenn wir jetzt den Pfad zu mehr Klimaschutz beschreiten, dann muss er auch ans Ziel führen.

Es müssen jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden: beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Digitalisierung der Stromnetze, bei der Steigerung der Energieeffizienz, beim Aufbau von Speichertechnologien und einer Wasserstoffproduktion sowie eines Transportnetzes, bei Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse in der Industrie, bei der Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen. Wir werden die sächsischen Schlüsselindustrien auf ihrem Weg zur Klimaneutralität unterstützen und konkrete Transformationsziele entwickeln und fördern.

Mit dem Klimaschutzgesetz des Bundes und dem Energie- und Klimaprogramm 2021 des Freistaats sind die Ziele benannt. Es geht jetzt um die geeigneten Mittel. Man kann sich nun nicht mehr hinter Bürgerinitiativen und Floskeln gegen Windräder verstecken. Es braucht hier Führung. Die CDU kopiert jedoch bei der Klimafrage gerade ihre Strategie aus dem Jahr 1990: Man verspricht blühende Landschaften, ohne dass sich etwas für die Menschen ändert. Das kann und wird nicht funktionieren. Genauso wenig werden wir die aus dem Klimagesetz resultierenden notwendigen Schritte funktionieren, wenn man immer neue Ziele formuliert, aber die notwendigen Mittel nicht bereitstellt.

Anders als die Union begnügen wir uns nicht mit leeren Worthülsen, sondern haben einen konkreten Plan vorgelegt, wie Deutschland bis 2045 klimaneutral wird. Und wir haben mit Olaf Scholz einen Kanzlerkandidaten, der Deutschland in diese Zukunft führen will und es auch kann. Nur die SPD bietet Verlässlichkeit im Wandel.

Wir brauchen massive Investitionen in den klimafreundlichen Umbau der Energieversorgung in Sachsen sowie einen ökologischen Umbau von Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, wie wir dies mit dem Fonds Sachsen 2050 vorgeschlagen haben. Neben öffentlichen Mitteln müssen wir auch private Investitionen auf eine klimaneutrale Zukunft ausrichten. Dazu werden wir nicht nur Anreize und Unterstützungen schaffen, sondern auch den rechtlichen Rahmen anpassen. Wir müssen Wertschöpfungsketten in Sachsen mittel- und langfristig auf einen robusten, klimaneutralen Entwicklungspfad bringen, um Grundstoffprozesse auf klimaneutrale Verfahren (z.B. grüner Wasserstoff) und Infrastrukturen (z.B. grüne Leitmärkte) umzustellen.

Die Energie- und Verkehrswende werden nur gelingen, wenn wir den Wasserstoff aus seiner Nische herausholen. Dazu wird gerade eine sächsische Wasserstoff-Strategie entwickelt, die vor allem auf grünen Wasserstoff setzt. Diese Strategie muss die bereits vorhandenen Stärken in Sachsen, wie z.B. bei der Erzeugung und Nutzung von grünem Wasserstoff stärken und weiter ausbauen, um in diesem Bereich nachhaltige Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Grundsätzlich ist dabei immer der Ausbau der erneuerbaren Energien und Investitionen in Stromspeicher mitzudenken und zu forcieren, um die Grundvoraussetzung für die Erzeugung grünen Wasserstoffs auch in Sachsen zu schaffen. Hierzu zählen u.a. Projekte zum Bau von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden und entlang von Autobahnen sowie Zugstrecken. Dabei sind auch die Potentiale der Sektorenkopplung im Gewerbebereich, bei der Wärmeversorgung und den Industrieprozessen zu nutzen. Für die Netzstabilität und die Langzeitspeicherung wird auch die Speicherung in chemischen Energieträgern wie Wasserstoff eine Rolle spielen.

Für die Akzeptanz der erneuerbaren Energien ist die Möglichkeit der Eigennutzung des Stroms ein wichtiger Aspekt. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Erlösen ist ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg. Die SPD-regierten Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern haben vorgemacht, wie das geht.

Insgesamt müssen die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen einkommensgerecht sein und nach dem Verursacherprinzip getragen werden. Zudem müssen zunächst den Menschen Alternativen zur Verfügung zu stellen, damit diese kostengünstig und praktikabel auf klimaneutrale Transportmittel umsteigen können. Erst wenn etwa bezahlbare (gebrauchte) E-Fahrzeuge zur Verfügung stehen, Fahrradwege gebaut und die Verlängerung von Tram, Bussen oder S-Bahn-Linien ins Umland auf den Weg gebracht wurden, kann der CO2 Preis stärker ansteigen. Ansonsten wird es für die Leute nur teurer, aber sie fahren weiter Verbrenner mangels Alternative.

6. Mobilitätswende

Damit alle Bürgerinnen und Bürger schnell, zuverlässig und klimafreundlich von A nach B gelangen können, müssen wir unser Mobilitätssystem weitgehend umbauen und modernisieren. Wir wollen die politischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass immer mehr Bürger:innen auf Busse, Bahnen oder das Fahrrad umsteigen können. Dort, wo der private PKW weiter das Mittel der Wahl bleibt, wollen wir über alternative Antriebe klimafreundliche Alternativen schaffen. Unser Ziel ist eine klimaneutrale Mobilität, die sich alle leisten können.

Seit die SPD – beginnend 2014 – wieder das sächsische Verkehrsministerium führt, sind dort die Weichen neu gestellt worden. Der ÖPNV steht seitdem im Mittelpunkt der Mobilitätspolitik und hat neue Entwicklungsperspektiven erhalten. Wir wollen die Nutzung der klimafreundlichen Alternative ÖPNV in Sachsen verdoppeln. Dafür braucht es neue Strukturen und massive Investitionen. Die Grundsteine sind gelegt. Mit den Plus- und Taktbusnetz haben wir mehr Menschen an regelmäßige ÖPNV-Verbindungen angeschlossen und die Erreichbarkeit ländlicher Räume verbessert. Mit dem jüngst verbesserten AzubiTicket und dem neuen verbundweiten Bildungsticket wird Mobilität für junge Menschen in Sachsen einfacher, günstiger und attraktiver. An diesen Erfolg werden wir anknüpfen. Zukünftig wollen wir das Bildungsticket auch für Freiwilligendienstleistende öffnen, um kostengünstige Mobilität für noch mehr junge Menschen zu ermöglichen. Außerdem wollen wir das existierende Bildungsticket auf ein landesweites Ticket ausweiten.

Schließlich bauen wir eine Sächsische Mobilitätsgesellschaft auf, die über die Grenzen der einzelnen Verkehrsverbundräume hinweg den Öffentlichen Personennahverkehr in Sachsen im Sinne der Fahrgäste einfacher, transparenter und besser macht.

Die massiven Einnahmeausfälle der Verkehrsverbünde in Folge der Corona-Krise bedrohen die Mobilitätswende. Deswegen haben wir uns auf Bundes- und Landesebene dafür eingesetzt für die Jahre 2020 und 2021 jeweils einen ÖPNV-Rettungsschirm zu spannen. Um die Mobilitätswende in ganz Deutschland dauerhaft zu stemmen, muss der Bund seine Mittel für den regionalen und lokalen Nahverkehr aber strukturell erhöhen. Damit bis 2030 alle neuen Busse und Bahnen in den Kommunen klimaneutral fahren, braucht es massive Investitionen von Bund und Freistaat in die Flottenerneuerung.

Der Schienenverkehr hat bei uns höchste Priorität. Fernreisen mit der Bahn sollen attraktiver als Kurzstreckenflüge werden. Güter sollen von der Straße auf die Schiene wechseln. Unser Ziel bleibt, der schnellstmögliche Anschluss aller sächsischen Großstädte an das Fernverkehrsnetz. Mit den Mitteln aus dem

Strukturstärkungsgesetz ist es uns gelungen, in beiden sächsischen Braunkohlerevieren wichtige Verkehrsvorhaben endlich umzusetzen. Leider hat die anderweitige Prioritätensetzung der CDU-geführten Staatskanzlei verhindert, dass für den Ausbau und die Elektrifizierung aller wichtigen sächsischer Schienenstrecken aus dem Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung noch genug Mittel vorhanden sind. Dennoch halten wir am Ausbau und der Elektrifizierung der im Bundesverkehrswegeplan geplanten sächsischen Strecken fest. Zudem wollen wir dort Bahnstrecken reaktivieren, wo der dauerhafte Betrieb gesichert ist.

Im Straßenbau haben wir den Schwerpunkt vom Neubau auf den Erhalt unseres Straßennetzes verschoben. Die Staatsstraßen werden mit der Ausbau- und Erhaltungsstrategie 2030 systematisch saniert und erhalten, sowie nur in gut begründeten Einzelfällen ausgebaut. Beim Kommunalstraßenbau haben wir den Investitionsstau durch eine großzügige Ausweitung der kommunalen Straßenbauförderung aufgelöst. Jetzt geht es darum den Kommunen und Landkreisen durch eine Pauschalenlösung mehr eigene Verantwortung zu übertragen.

Wir wollen, dass viele Menschen in Sachsen ihre täglichen Wege mit dem Fahrrad erledigen können und diese Option auch nutzen. Bis 2025 soll der Anteil der in Sachsen mit dem Fahrrad zurückgelegten Wege doppelt so hoch sein wie zu Beginn der Legislatur. Dafür machen wir Druck beim Ausbau von Radwegen und setzen neue Prioritäten im Haushalt und der Straßenbauverwaltung. Leider dauert die Planung eines Radweges immer noch etwa genauso lang wie die einer Straße. Um den Ausbau des Radwegenetzes zu beschleunigen, setzen wir uns daher dafür ein, dass man beim Bau von Radwegen auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung verzichten kann.

Die Voraussetzungen für die Mobilitätswende sind in Sachsen unterschiedlich gut. Während in den Großstädten der ÖPNV häufig fährt, gibt es in manchen ländlichen Gebieten kaum mehr als einen Schulbus. In den Ober- und Mittelzentren sind die Wege häufig so kurz, dass sie unproblematisch mit dem Fahrrad zurückgelegt werden können. Um diesen Unterschieden gerecht zu werden, wollen wir den Städten und Gemeinden mehr Spielräume bei der Gestaltung ihrer Verkehrsinfrastruktur geben. Unser Ziel muss es sein, dass in den Umweltverbund mehr investiert wird als in den motorisierten Individualverkehr.

7. Zukunftsorientierte Haushalts- und Finanzpolitik

Die SPD steht für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik. Seit 2004 – seit der ersten Regierungsbeteiligung der SPD – hat Sachsen keine neuen Schulden aufgenommen, sondern die bestehenden immer weiter

abgebaut. Sachsen hat heute, selbst nach der Aufnahme von Krediten zur Bewältigung der Corona-Pandemie, mit Bayern die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer.

Das ist ein Ergebnis, auf das wir stolz sein können. Es gibt dem Freistaat Handlungsspielräume, die wir als SPD nutzen wollen. Wir wehren uns gegen die Forderung, ausgerechnet jetzt die öffentlichen Ausgaben zu reduzieren und das Geld stattdessen dafür zu verwenden, Kredite zu tilgen und Rücklagen zu bilden. Angesichts der konjunkturellen Lage und des Zinsniveaus wäre das wirtschaftspolitisch fatal. Solch eine Politik würde Sachsens Ausgangsposition für das nächste Jahrzehnt nachhaltig verschlechtern.

Sachsen muss seine Zukunftsinvestitionen dauerhaft absichern, gerade in den Bereichen Zukunftstechnologien, Klimaschutz, Digitalisierung und Gesundheit – konjunkturunabhängig und zu möglichst niedrigen Kosten. Ob dies über ein Sondervermögen, eine Landesinvestitionsgesellschaft oder eine Investitionszweckbindung von Haushaltsüberschüssen geschehen soll, müssen kommende Diskussionen zeigen.

Eine Reform der Schuldenbremse in der Sächsischen Landesverfassung ist jedoch unabdingbar. Nicht nur, dass der Konjunkturmechanismus der sächsischen Schuldenbremse in der größten Konjunkturkrise seit 1990 gar nicht gegriffen hätte. Aktuell sieht die sächsische Schuldenbremse auch vor, dass die pandemiebedingten Kredite innerhalb von nur acht Jahren zurückgezahlt werden müssen.

Wenn die Schuldenbremse nicht verändert wird, droht eine massive Kürzungspolitik, die erneut das Funktionieren des Freistaates in Frage stellen würde. Es würde einen sozialen Kahlschlag bedeuten. Zudem würde jede Form von Zukunftsinvestitionen und eine konjunkturelle Erholung unmöglich gemacht. Um dieser Tilgungsfalle zu entgehen, schlägt die SPD-Landtagsfraktion vor, den Tilgungszeitraum auf mindestens 25-30 Jahre zu strecken. Es braucht in Sachsen auch eine haushaltspolitische Wende. Während öffentliche Infrastruktur verfällt und Zukunftsinvestitionen ausbleiben, werden fiskalische Spielräume aus neoliberalen, ideologischen Gründen nicht genutzt. Deshalb wollen wir die Schwarze Null ad acta legen und die Schuldenbremse kurzfristig reformieren. Ein ideologisches Festhalten an der jetzigen, sächsischen Schuldenbremse lehnt die SPD in jedem Fall ab. Auf Bundesebene setzten wir uns für eine Abschaffung der Schuldenbremse ein. Ein ideologisches Festhalten an der jetzigen Schuldenbremse lehnt die SPD in jedem Fall ab.

Wir wollen in den kommenden fünf Jahren zusätzlich mindestens 2,5 Milliarden Euro für Zukunftsinvestitionen in Sachsen zur Verfügung stellen. Um diese zu

finanzieren, hält die SPD an ihrem Vorschlag fest, einen Fonds Sachsen 2050 einzuführen.

Auch aus diesem Grund wollen wir die Zuführung zum Generationenfonds, der heute Vorsorge trifft für die ab 2035-2040 fälligen Beamtenpensionen, für die kommenden fünf Jahre halbieren, um so 2,5 Milliarden Euro für Zukunftsinvestitionen zusätzlich zu mobilisieren. Die nominelle Negativverzinsung der Anlagen führt dazu, dass jeder Euro, der heute in den Generationenfonds gelegt wird, in zwanzig Jahren zwanzig Cent weniger Wert ist. Das können wir uns angesichts der vor uns liegenden Aufgaben nicht leisten.

Sachsen erwirtschaftet regelmäßig Haushaltsüberschüsse. Wir wollen diese Gelder stärker für notwendige Zukunftsinvestitionen nutzen. Deshalb wollen wir auch eine Investitionszweckbindung für Haushaltsüberschüsse und Steuermehreinnahmen einführen. Diese sollen künftig zu mindestens 50 Prozent in Zukunftstechnologien, Klimaschutz, Digitalisierung, Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur investiert werden. So erhöhen wir die Investitionsquote in Sachsen. Dafür werden wir ein Verfahren entwickeln, das die Zuständigkeit des Sächsischen Landtages bei der Verwendung der Mittel wahrt.

Es muss in die Zukunft Sachsens investiert werden: in die Zukunft der Bildung, die Weiterentwicklung des Gesundheitssystem, den Klimaschutz, gute Arbeitsplätze, den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft und die Mobilitätswende. Wir werden in den nächsten Jahren alles daran setzen, diese Zukunftsmissionen in die Tat umzusetzen. Denn die SPD Sachsen will die Zukunft des Freistaats gestalten – den Sächsinnen und Sachsen Sicherheit geben und Gerechtigkeit schaffen!